

Anne Kristin Krafft

Die Rozenblum-Doktrin, ihre Fortschreibung  
bis zur Gegenwart und ihr Vergleich zur  
Treuepflicht im faktischen GmbH-Konzern



Heidelberger Schriften  
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von  
Prof. Dr. Stefan J. Geibel  
Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Hommelhoff  
Prof. Dr. Dr. h.c. Peter-Christian Müller-Graff  
Prof. Dr. Dirk A. Verse

Band 92

Anne Kristin Krafft

Die Rozenblum-Doktrin, ihre Fortschreibung  
bis zur Gegenwart und ihr Vergleich zur  
Treuepflicht im faktischen GmbH-Konzern



**Nomos**



Onlineversion  
Nomos eLibrary

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Ruprecht-Karls-Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6513-3 (Print)

ISBN 978-3-7489-0599-8 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

*Meinen Eltern*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/2020 von der juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen. Die Disputation fand am 26.11.2019 statt. Rechtsprechung und Literatur konnten bis Anfang November 2019 berücksichtigt werden.

Besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, für die Anregung des Themas, die engagierte Betreuung sowie die sachkundige Beratung während der Promotionszeit. Herrn Prof. Dr. Christoph A. Kern, LL.M. (Harvard) danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens und Herrn Prof. Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit (Université Aix-Marseille III) für die Übernahme des Vorsitzes der Disputation. Weiterhin danke ich, neben meinem Doktorvater, auch Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff für die Aufnahme meiner Arbeit in die Schriftenreihe „Heidelberger Schriften zum Wirtschaftsrecht und Europarecht“.

Mein Dank gebührt weiterhin allen, die die Entstehung dieser Arbeit auf unterschiedlichste Weise unterstützt haben. Zuvorderst danke ich meinen Eltern, denen diese Arbeit gewidmet ist. Ohne deren stetes Vertrauen in mich und deren bedingungslose Unterstützung, nicht nur während Promotionszeit, sondern bereits während des Studiums und auch sonst in jeder Lebenslage, hätte diese Arbeit nicht entstehen können. Danke, dass ihr mich zu der Person gemacht habt, die diese Arbeit schreiben konnte. Auch meinen Großeltern mütterlicher- und väterlicherseits danke ich ganz herzlich für Interessiertheit und Teilhabe sowie für ihren steten Rückhalt und Zuspruch während der Entstehung dieser Arbeit. Frau Dr. Birgit Weyel, meiner Mutter und meinem Vater danke ich für die tatkräftige und zügige Unterstützung beim Korrekturlesen. Natürlich nicht zuletzt möchte ich auch meinen Freunden danken, die durch ihre moralische Unterstützung, Diskussionsbereitschaft und Geduld ebenfalls wesentlich zur Entstehung dieser Arbeit beigetragen haben. Besonders hervorgehoben seien in diesem Zusammenhang Frau Maïke Dickmann, Frau Stella König und Herr Sebastian Schrenk, die mit mir die Höhen und Tiefen der Promotionszeit durchgestanden haben und die mir durch regelmäßige gemeinsame Treffen auch die notwendige Zerstreung geboten haben.

Heidelberg, im Januar 2020

*Anne Kristin Krafft*





# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	21
Einleitung	25
Der Gang der Untersuchung	30
§ 1 Die zugrundeliegende Problematik: Der Konzernkonflikt	32
A. Vorteile einer Konzernstruktur gegenüber einer Einheitsgesellschaft mit unselbständigen Zweigniederlassungen	32
B. Der Konzernkonflikt	35
C. Schutzgüter des Konzernrechts	37
I. Die Außenseiter	37
II. Weitere schutzbedürftige Personen?	39
1. Die Leitungsorgane der Muttergesellschaft	39
2. Die Leitungsorgane der Tochtergesellschaft	39
3. Zwischenergebnis	41
4. Die Muttergesellschaft	42
III. Schutz der Attraktivität einer Konzernierung	42
§ 2 Die Rozenblum-Doktrin als Lösungsansatz und ihre Bedeutung im französischen Recht	44
A. Einführung	44
B. Der „abus de biens sociaux“ als strafrechtliche Grundlage – Tatbestand	46
I. Objektiver Tatbestand	46
1. Das Tatobjekt	47
a. „Abus des biens ou du crédit“ Art. L 241-3 Nr. 4 C.com. und Art. L 242-6 Nr. 3 C.com.	47
aa. Begriff der „biens sociaux“	47
bb. Begriff des „crédit social“	48
b. „Abus des pouvoirs ou des voix“ gem. Art. L 241-3 Nr. 5 C.com. und Art. L 242-6 Nr. 4 C.com.	48
aa. Begriff der „pouvoirs sociaux“	48

bb. Begriff der „voix“	49
2. Begriff der Verwendung	50
3. Widerspruch zum Gesellschaftsinteresse	52
a. Bedeutung des Merkmals	52
b. Straf- oder steuerstrafrechtlich relevante Maßnahmen	54
c. Billigung der Gesellschafter	54
d. Gefährdung sämtlicher konzernangehöriger Unternehmen	57
II. Subjektiver Tatbestand	57
1. Das Vorsatzerfordernis	57
2. Das zusätzliche subjektive Element	59
III. Tauglicher Täterkreis	61
1. Dirigeant de droit	61
a. Die strafrechtliche Verantwortlichkeit juristischer Personen im Falle eines „abus de biens sociaux“	64
b. Qualifikation einer juristischen Person als „dirigeant de droit“	65
2. Dirigeant de fait	67
a. Positives Tun	68
b. Leitungsmaßnahme	69
c. Kontinuität	70
d. Souveränität, Freiheit und Eigenständigkeit	71
3. Verantwortlichkeit im Falle einer Unternehmensgruppe	71
a. Die verantwortliche Person	71
aa. Im Falle einer „gérance de fait“	71
bb. Im Falle einer „gérance de droit“	72
b. Praktische Aspekte	72
4. Teilnahme (complicité)	74
IV. Potentielle Sanktionen	76
C. Rechtfertigung: Die Rozenblum-Doktrin	76
I. Bedarf einer Rechtfertigung im Falle einer Unternehmensgruppe	76
II. Inhalt der Rozenblum-Doktrin	80
1. Der Gruppenkontext	81
a. Vorliegen einer „Gruppe“	82
aa. Zeitlicher Aspekt	85
bb. Die Existenz einer finanziellen und rechtlichen Verbindung	85

cc.	Komplementarität	88
aaa.	Die Problematik konglomerater Konzerne	89
bbb.	Komplementarität in Abgrenzung zur Identität	93
dd.	Die „groupe unipersonnel“	96
ee.	Sonderfall: Leveraged Buyout	98
ff.	Zusammenfassung	102
b.	Vorliegen eines gemeinsamen Gruppeninteresses	104
aa.	Die Schwierigkeiten der Charakterisierung	104
bb.	Anhaltspunkt: Interesse der Muttergesellschaft?	105
cc.	Summation der Gesellschaftsinteressen?	107
dd.	Retrospektive wirtschaftliche Profitabilität?	108
ee.	Anhaltspunkt: Geschäftsführer?	110
ff.	Maßgeblichkeit des Interesses der Gesamtheit der Gruppengesellschaften	110
aaa.	Abstrakte und konkrete Faktoren	111
bbb.	Kategorien des Gruppeninteresses	112
c.	Vorliegen einer gemeinsamen Gruppenpolitik	116
aa.	Das Problem spontaner Entscheidungen	116
bb.	Inhaltliche Vorgaben	117
cc.	Ausschlussgründe	118
dd.	Das Erfordernis der Konzertierung	119
ee.	Das Erfordernis der Transparenz	122
ff.	Überprüfung der konkreten Maßnahme	124
gg.	Das Kriterium der Gruppenpolitik unter Berücksichtigung der Größe der Unternehmensgruppen	124
2.	Die Anforderungen an die konkrete Maßnahme	125
a.	Die Existenz einer Gegenleistung und/oder das Bestehen eines gruppeninternen Gleichgewichts	126
aa.	Alternativität oder Kumulation	126
aaa.	Kumulation	126
bbb.	Alternativität	128
ccc.	Vorzugswürdige Position	128
ddd.	Konflikt mit der Gruppenpolitik?	132
bb.	Der Begriff der Gegenleistung	134
aaa.	Die reine Gruppenzugehörigkeit?	134
bbb.	Materielle oder immaterielle Vorteile	135
ccc.	Person des Leistenden?	138

cc. Die Existenz eines gruppeninternen Gleichgewichts	138
b. Nichtüberschreitung der finanziellen Möglichkeiten der geschädigten Gesellschaft	144
aa. Die unmittelbare Überschreitung der finanziellen Möglichkeiten durch die Maßnahme	145
bb. Die Eingehung eines unvertretbaren, überproportionalen Risikos	148
III. Entwicklung der Rozenblum-Doktrin: Von den Anfängen bis zur Gegenwart	150
1. Die Anfänge	150
a. Tribunal correctionnel Seine 11e Chambre, Urteil vom 11.05.1955	150
b. Urteil „Willot“: Tribunal correctionnel de Paris 11e Chambre, Urteil vom 16.05.1974	152
c. Urteil „Fruehauf“: Cour d’appel de Paris, Urteil vom 22.05.1965	155
d. Urteil „Schlumpf“: Tribunal de grande instance de Mulhouse, Urteil vom 25.03.1983	156
2. Das Urteil Rozenblum und die Rozenblum-Doktrin	157
a. Der Sachverhalt	157
b. Die Vorinstanz zum Urteil Rozenblum: Das Urteil des Tribunal correctionnel de Paris 31e Chambre vom 29.04.1983, Gaz. Pal. 1983, jurisp., S. 425	159
c. Das Urteil „Rozenblum“ der Cour de Cassation vom 04.02.1985	161
3. Fortentwicklung der Rozenblum-Doktrin im Rahmen einzelner bedeutsamer Urteile	164
a. Cass.crim.: Urteil vom 06.04.2016; Urteil Nr. 15-80.150	164
b. Cass. crim.: Urteil vom 01.02.2017; Urteil Nr. 15-85.199	166
c. Cass. crim.: Urteil vom 07.12.2016; Urteil Nr. 15-85.843	167
D. Kritische Rezeption der Rechtsprechung zum Rechtfertigungsgrund der Rozenblum-Doktrin	168

E. Die Besonderheiten und Kritikpunkte an dem Ansatz der Rozenblum-Doktrin	171
I. Das Merkmal der „Gruppenpolitik“	172
II. Die Effektivität	174
III. Notwendigkeit eines „Erfassungs- und Kontrollsystems“?	176
IV. Die mangelnde Information der Geschäftsführer abhängiger Gesellschaften	177
V. Die mangelnde Präzision	179
VI. Legitimität der Berücksichtigung des Konzerninteresses?	180
VII. Eignung als Ansatz im wirtschaftlich erfolgreichen Konzern?	181
F. Die legislative Entwicklung in Frankreich: eine Abkehr von der Rozenblum-Doktrin?	183
G. Die Bedeutung der Rozenblum-Doktrin im Gesamtgebilde der Konzernproblematik und ihre Anwendbarkeit auf zivilrechtliche Haftungsinstitute	186
H. Einzelne anderweitige Institute im Bereich des französischen Konzernrechts und die Ausstrahlungswirkung der Rozenblum-Doktrin hierauf	189
I. Der Sonderfall der „action civile“ im Strafverfahren	189
1. Die „action civile“ im Strafverfahren	189
2. Die Geschädigten	193
a. Die „action individuelle“: Die Klage im eigenen Namen und für eigene Rechnung	193
b. Die „action civile“ zugunsten der Gesellschaft	196
aa. Die „action sociale ut singuli“ bzw. „action social ut plures“	196
bb. Die „action sociale ut universi“	197
cc. Das Verhältnis der „action sociale ut singuli“ bzw. „ut plures“ zu der „action sociale ut universi“	197
II. Einzelne weitere Institute	198
1. Der „abus de majorité“	198
a. Das Institut	198
b. Die Anwendbarkeit der Rozenblum-Doktrin auf den „abus de majorité“?	200
2. Die zivilrechtliche Haftung der Geschäftsführer	203
a. Das Institut	203

b.	Das Verhältnis der zivilrechtlichen Geschäftsleiterhaftung zur Rozenblum-Doktrin	206
3.	Die Kontrolle von Vereinbarungen zwischen konzernangehörigen Unternehmen: „conventions réglementées“	208
a.	Die Vereinbarungskontrolle im Rahmen der SA	209
b.	Die Vereinbarungskontrolle in der Sàrl	212
c.	Anwendbarkeit der Rozenblum-Doktrin auf die Vereinbarungskontrolle im Konzern?	213
4.	Der Straftatbestand der „banqueroute“ (Bankrott)	215
a.	Verhältnis zum Straftatbestand des „abus de biens sociaux“	216
b.	Anwendbarkeit der Rozenblum-Doktrin?	217
c.	Ausnahmefälle	218
5.	Zusammenfassung	219
§ 3	Die Rezeption der Rozenblum-Doktrin außerhalb Frankreichs	221
A.	Einzelne Ansätze zur Entwicklung eines Konzernrechts auf europäischer Ebene unter Hinzuziehung des Leitbilds der Rozenblum-Doktrin	221
I.	Der Vorschlag des Forum Europaeum Konzernrecht aus dem Jahre 1998	221
II.	Der Vorschlag des Forum Europaeum on Company Groups aus dem Jahre 2015	224
B.	Die Rezeption der Rozenblum-Doktrin im tschechischen Recht	227
I.	Regelungen zur Ausübung eines Einflusses, der zu einer Beeinträchtigung führt: §§ 71 ZOK ff.	229
II.	Regelungen zur „Beherrschung“ iSv § 74 I ZOK	231
III.	Regelungen über die Konzerne, § 79 ZOK	233
IV.	Unterschiede zum französischen System	238
V.	Zusammenfassung und Wertung	239
§ 4	Die Treuepflicht als Lösungsansatz im faktischen GmbH- Konzern	241
A.	Die Bedeutung der GmbH als Konzernbaustein	241
B.	Besondere Gefährdungslage im Falle einer GmbH als Baustein im faktischen Konzern	242

C. Die Inexistenz eines kodifizierten GmbH-Konzernrechts	244
D. Der faktische GmbH-Konzern	246
E. Die Treuepflicht im faktischen GmbH-Konzern	248
I. Der Schutz der Gläubiger der abhängigen Gesellschaft im faktischen GmbH-Konzern	248
1. In der mehrgliedrigen abhängigen GmbH	248
2. In der abhängigen GmbH im Alleinbesitz bzw. der abhängigen GmbH ohne opponierende Minderheit	248
a. Treuepflicht	248
b. Sonstige Schutzmechanismen	251
aa. Kapitalerhaltung gem. §§ 30, 31 GmbHG	252
bb. Existenzvernichtungshaftung	253
II. Der Schutz der Minderheitsgesellschafter der abhängigen Gesellschaft im faktischen GmbH-Konzern durch die gesellschaftsrechtliche Treuepflicht	258
1. Die Treuepflicht und ihre Ausprägung des „allgemeinen Schädigungsverbots“	258
2. Bezugsgruppen der Treuepflicht	260
3. Aus dem Schädigungsverbot resultierende Verhaltenspflichten des Mehrheitsgesellschafters bzw. des herrschenden Unternehmens	260
a. Orientierung an § 311 AktG und der „business judgement rule“	261
b. Einzelheiten des allgemeinen Schädigungsverbots	263
4. Das treuepflichtbasierte Schädigungsverbot im mehrstufigen Konzern	264
5. Rechtsfolgen einer Verletzung des treuepflichtbasierten Schädigungsverbots	264
a. Ansprüche der Gesellschaft	264
aa. Ansprüche gegen das herrschende Unternehmen	264
aaa. Das Verhältnis der „actio pro societate“ zu § 46 Nr. 8 GmbHG	266
bbb. Das Verhältnis eines Schadensersatzanspruchs zur Anfechtbarkeit treuwidriger Gesellschafterbeschlüsse	267
ccc. Verschulden	269

bb.	Haftung der Verantwortungsträger des herrschenden Unternehmens	270
cc.	Ansprüche gegen den Geschäftsführer der abhängigen Gesellschaft	274
b.	Ansprüche der Minderheitsgesellschafter	275
c.	Ansprüche der Gläubiger	275
6.	Einzelne Kritikpunkte an dem treuepflichtbasierten allgemeinen Schädigungsverbot	277
a.	Das Problem der praktischen Durchsetzung	277
aa.	Überforderung der Minderheit	277
bb.	Erschwerung der Führung der Gesellschaft und der Gruppenleitung	278
b.	Die Treuepflicht als Verhandlungspflicht: Das Prinzip der Eigenverantwortlichkeit	279
aa.	Ausgestaltung und Bedeutung des Schutzes spezifischer Beteiligungsinteressen	279
bb.	Das Problem der Durchsetzbarkeit von Schutzmechanismen	280
cc.	Schutz von Vermögensinteressen der Minderheit	282
dd.	Rechtsfolgen im Falle eines unzureichenden Selbstschutzes	284
ee.	Bestehen eines Schädigungsprivilegs?	285
c.	Das Problem einer qualifizierten Nachteilszufügung: Anwendung der Rechtsfigur des qualifiziert faktischen Konzerns?	286
d.	Notwendigkeit des treuepflichtbasierten Schädigungsverbots?	289
F.	Zusammenfassung	291
§ 5	Der Vergleich zwischen der Rozenblum-Doktrin und der Treuepflicht im faktischen GmbH-Konzern	293
A.	Zielsetzung und Charakter	293
I.	Berücksichtigung der Gruppenrealität?	294
II.	Anreizfunktion	295
B.	Anwendungsbereich der Institute	297
C.	Die Ausgestaltung der Institute der Rozenblum-Doktrin und der Treuepflicht	298
I.	Der Anknüpfungspunkt	298



II. Zielgruppen des Schutzes	299
1. Differenzierung anhand der Ausgestaltung der abhängigen Gesellschaft?	299
2. Möglichkeit der Billigung?	300
III. Verantwortungsträger	301
1. Ursachen	301
a. Das Leitbild der Einzelgesellschaft im Rahmen des „abus de biens sociaux“	301
b. Unterschiedliche Kompetenzgefüge	303
c. Zwischenergebnis	304
2. Die Effektivität der personellen Anknüpfung der Rechtsinstitute	305
a. Die Verantwortlichkeit des herrschenden Unternehmens und der Konzernspitze	305
b. Die Verantwortlichkeit der Leitungsorgane der herrschenden Gesellschaft	307
c. Zusammenfassung	309
IV. Verhaltenspflichten	310
V. Die subjektiven Anforderungen	311
VI. Das Problem einer qualifizierten Nachteilszufügung	312
1. Die Reaktion der Rozenblum-Doktrin auf die Problematik	313
2. Die Problematik der Schadensbemessung	315
VII. Die einzelnen Voraussetzungen der Rozenblum-Doktrin im Vergleich zur Treuepflicht	315
1. Der Gruppenkontext	315
a. Vorliegen einer „Gruppe“	315
b. Das gemeinsame Gruppeninteresse	317
c. Die Gruppenpolitik	318
2. Die Rechtmäßigkeit der konkreten Maßnahme	319
a. Die Existenz einer Gegenleistung	319
b. Die Wahrung des gruppeninternen Gleichgewichts	320
c. Die Nichtüberschreitung der finanziellen Möglichkeiten	321
D. Die Effektivität der Schutzmechanismen und ihre praktische Durchsetzbarkeit	322
I. Überblick: Die prozessuale Geltendmachung eines „abus de biens sociaux“	323

II. Vergleich	326
1. Die Eigenverantwortlichkeit im Vorfeld eines Gerichtsprozesses	326
2. Die prozessuale Geltendmachung	328
a. Das Problem der Darlegungs- und Beweislast	328
b. Die Frage der Klagebefugnis	333
c. Gesellschafterklage durch einen einzelnen Minderheitsgesellschafter?	334
d. Möglichkeit der Verdrängung der Gesellschafterklage?	335
e. Die Kostentragung	337
E. Die abschreckende, verhaltenssteuernde Wirkung der Institute	339
I. Die abschreckende, verhaltenssteuernde Wirkung des „abus de biens sociaux“	340
II. Die abschreckende, verhaltenssteuernde Wirkung der Treuepflicht	341
III. Die verhaltenssteuernde Wirkung der Rozenblum-Doktrin	342
F. Die konkrete Schutzwirkung: maßgeblicher Zeitpunkt und Art	344
G. Vergleich zu dem alternativen Schutzkonzept der „Eigenverantwortlichkeit“ im faktischen GmbH-Konzern	346
§ 6 Einfügung der Rozenblum-Doktrin als „haftungsausschließendes Institut“ in die Treuepflicht im faktischen GmbH-Konzern?	348
A. Möglichkeit einer Einfügung der Rozenblum-Doktrin?	348
B. Sinnhaftigkeit einer Einfügung der Rozenblum-Doktrin?	350
I. Die Gefahr eines Widerspruchs zwischen Recht und Rechtswirklichkeit	350
II. Die maßgeblichen Interessen	352
C. Modalitäten einer Einfügung der Rozenblum-Doktrin	353
I. Prozessuale Aspekte	353
II. Anpassungen im Vorfeld einer prozessualen Geltendmachung	356
III. Die Unzulässigkeit einer Aufspaltung der Rozenblum-Doktrin	361

D. Einfügung der Rozenblum-Doktrin im Falle abhängiger GmbH im Alleinbesitz?	362
I. Die Inexistenz einer tauglichen Basis	362
II. Die Rozenblum-Doktrin als verbindlicher Rechtssatz?	363
III. Praktische Notwendigkeit einer Einfügung der Rozenblum-Doktrin?	365
E. Zusammenfassung	367
F. Ergebnis	369
G. Anknüpfungspunkt de lege lata?	370
§ 7    Schlussbetrachtung	372
Literaturverzeichnis	375



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AMF	Autorité des marchés financiers
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Az.	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BeckRS	Elektronische Entscheidungsdatenbank in beck-online
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
bspw.	beispielsweise
Bull. Joly	Bulletin mensuel Joly d'information des sociétés
Bull. mens. info. sociétés	Bulletin mensuel d'information des sociétés; zwischen 1990 - 1997,8/9 u.d.T.: Bulletin Joly.; Ab 1997,10 u.d.T.: Bulletin Joly sociétés
Bull.civ.	Bulletin civil de la Cour de cassation
Bull.crim.	Bulletin criminel de la Cour de cassation
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzw.	beziehungsweise
C.civ.	Code civil
C.com.	Code de commerce
CA	Cour d'appel
Cass. com.	Cour de Cassation Chambre commerciale
Cass. crim.	Cour de Cassation Chambre criminelle
Cass. soc.	Cour de Cassation Chambre sociale
Cass.civ.	Cour de cassation Chambre civile
Ch./ch.	chambre
CMF	Conseil des marchés financiers

## Abkürzungsverzeichnis

CNCC	Compagnie Nationale des Commissaires aux Comptes
COB	Commission des opérations de bourse
comm.	commentaire
CP	Code pénal
CPC	Code de procédure civile
CPP	Code de procédure pénale
D.	Recueil Dalloz/Sirey de doctrine de jurisprudence et de législation
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
doctr.	doctrine
Dr. pén.	Revue Droit pénal (LexisNexis)
Dr. sociétés	Revue Droit des Sociétés (LexisNexis)
DStR	Deutsches Steuerrecht
DZWIR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschafts- und Insolvenzrecht
ECFR	European Company and Financial Law Review
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EURL	Entreprise unipersonnelle à responsabilité limitée
Fasc.	Fascicule
Fn.	Fußnote
Gaz. Pal.	Gazette du Palais
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
Hrsg.	Herausgeber
inf.rap.	informations rapides
InsO	Insolvenzordnung
IPRax	Praxis des Internationalen Privat- und Verfahrensrechts
JCP éd. C	Semaine Juridique Commerce et industrie; später fortgesetzt in: Semaine Juridique Entreprise et affaires

JCP éd. E	Semaine Juridique Entreprise et affaires
JCP éd. G	Semaine Juridique Édition générale
jurisp.	jurisprudence
JuS	Juristische Schulung
JZ	JuristenZeitung
KMU	kleine und mittelständische Unternehmen
LPA	Les Petites Affiches
m.	mit
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
n°	numéro
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
obs.	observations
OLG	Oberlandesgericht
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RD bancaire et financier	Revue de droit bancaire et financier (Lexis-Nexis)
Rev. Soc.	Revue des Sociétés
RID pén.	Revue internationale de droit pénal
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RJC	Revue de Jurisprudence commerciale
RJDA	Revue de Jurisprudence de Droit des Affaires
Rn.	Randnummer
RTD civ.	Revue trimestrielle de droit civil
RTD com.	Revue trimestrielle de droit commercial
S.	Seite
s.o.	siehe oben
s.u.	siehe unten
SA/S.A.	Société anonyme
Sàrl/SARL	Société à responsabilité limitée
SAS	Société par actions simplifiée
SASU	Société par actions simplifiée unipersonnelle
sem.	semestre
StGB	Strafgesetzbuch
TGI	Tribunal de grande instance
u.a.	und andere

## *Abkürzungsverzeichnis*

u.d.T.	unter dem Titel
UmwG	Umwandlungsgesetz
Urt.	Urteil
v.	vom
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WM	Wertpapier-Mitteilungen WM Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesell- schaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissen- schaft